

Wie können die Erfahrungen und Ergebnisse des Europäischen Jahres der Jugend in Deutschland eine Wirkung über das Jahr 2022 hinaus entfalten?

Auswertende Überlegungen und Empfehlungen der Stakeholder-Gruppe zum Europäischen Jahr der Jugend

1. Hintergrund

In der Europäischen Union (EU) leben rund 47 Millionen Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren. In dieser Lebensphase geht es für junge Menschen darum, selbstständig zu werden, sich zu qualifizieren und eine persönliche Balance zwischen der eigenen Freiheit und den gesellschaftlichen Erwartungen zu finden, sich also selbst zu positionieren. Die Corona-Pandemie hat vieles verhindert und Entwicklungsmöglichkeiten eingeschränkt - auch deshalb, weil junge Menschen aus Rücksicht auf andere auf vieles verzichtet haben.

Aus diesem Grund hat die EU das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend (EJJ) ausgerufen. Es sollte neue Chancen für junge Menschen eröffnen und ihren Meinungen und Ideen mehr Gehör verschaffen.

Ziel war es:

- positive Perspektiven und neue Chancen für junge Menschen nach der Corona-Pandemie zu eröffnen;
- junge Menschen, insbesondere jene mit geringeren Chancen, bei ihrer persönlichen, sozialen und beruflichen Entwicklung zu unterstützen;
- das bürgerschaftliche Engagement junger Menschen zu fördern;
- die Meinungen und Ideen junger Menschen stärker in politische Entscheidungen mit einzubeziehen sowie
- die Perspektiven junger Menschen in allen Politikbereichen und auf allen Ebenen durchgängig zu berücksichtigen.

Mit dem Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine im Februar 2022 gewannen die Themen Frieden, Sicherheit und Solidarität für junge Menschen an Bedeutung. Sie wurden als wichtiger Bestandteil des EJJ aufgegriffen.

2. Umsetzung

Die EU, ihre Mitgliedstaaten sowie die regionalen und lokalen Ebenen waren aufgerufen, gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und jungen Menschen vielfältige Aktivitäten unter dem Dach des EJJ zu organisieren und umzusetzen.

Jeder Mitgliedstaat richtete eine nationale Koordinierung ein. In Deutschland übernahm die Abteilungsleiterin Kinder und Jugend im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) die Aufgabe als nationale Koordinatorin. Eine Stakeholder-Gruppe, die sich aus

jungen Menschen sowie Vertreter:innen der Kinder- und Jugendhilfe zusammensetzte, begleitete ihre Arbeit.¹

Auf der europäischen Website zum Europäischen Jugendportal (https://youth.europa.eu/year-of-youth_de) konnten alle Akteur:innen ihre vielfältigen Aktivitäten auf einer interaktiven Landkarte eintragen. Für Deutschland wurden rund 650 Aktivitäten in der Karte dokumentiert.²

Herzstück der Aktivitäten auf Bundesebene war die Mitmach-Kampagne „Dein Europa - Dein Jahr!“. Sie wurde am Europatag, dem 9. Mai durch Bundesjugendministerin Lisa Paus gestartet. Ziel der Kampagne war es, überall in Deutschland Gespräche von jungen Menschen mit Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft z. B. in der Schulklasse, im Jugendzentrum, bei Freizeitaktivitäten oder auch online anzuregen. Die Themen für die Gespräche wurden dabei von den jungen Menschen selbst gesetzt. Die Gespräche wurden auf einer „Social Wall“ über die Hashtags #DeinEuropa und #EJJ2022 auf der nationalen Website zum Europäischen Jahr der Jugend (www.ejj2022.de) gesammelt.

Neben den bundesweiten Aktivitäten haben auch die Länder das EJJ umgesetzt und mit kreativen Ideen Europa im regionalen Kontext verankert. Vielfach wurde dazu mit anderen Akteur:innen zusammengearbeitet. Ebenso wurden vor Ort zahlreiche Aktivitäten – oft in Eigenregie und inspiriert von der europäischen Idee – veranstaltet.

Die Europäische Kommission stellte über das EU-Programm Erasmus+ Jugend Mittel für die nationale Koordination zur Verfügung. Davon wurden in Deutschland zwei Drittel an die Länder weitergereicht, um Aktivitäten auf regionaler Ebene zu unterstützen (z.B. Demokratiemobil im Landkreis Passau sowie Jungbürgerversammlung im Landkreis Bamberg (Bayern), Veranstaltung „Vom Europäischen Jahr der Jugend zur Berliner Jugendstrategie“ (Berlin), Fachtagung zur Jugendarbeit im ländlichen Raum (Brandenburg), Journalismus-Workshop zum Thema Generationengerechtigkeit (Bremen), Veranstaltung „Hamburg und Europa in Deinen Händen“ (Hamburg) sowie Ausprobieren innovativer Instrumente und Kommunikationskanäle zur internationalen Jugendarbeit (Sachsen)).

Über einen bei der Nationalagentur JUGEND für Europa aufgelegten Sonderfonds zum Europäischen Jahr der Jugend konnten Organisationen bis zu 5.000 Euro unbürokratisch und kurzfristig für kleine Projekte beantragen, die mit den Zielen des EJJ im Einklang standen. Bei einem zur Verfügung stehenden Budget von ca. 360.000 Euro haben rund 100 Organisationen hiervon profitiert.

3. Auswertende Überlegungen zum Europäischen Jahr der Jugend

Die Stakeholder-Gruppe stellt fest, dass das EJJ zu verstärkten Aktivitäten geführt hat. So haben bspw. Jugendverbände viele Dialoganfragen von politischer Seite erhalten. Dies konnte dazu genutzt werden, (bestehende) Positionen und Perspektiven von jungen Menschen und zivilgesellschaftlichen Jugendstrukturen herauszustellen und zu kommunizieren.

Gleichzeitig blieb das EJJ nach Einschätzung der Stakeholder-Gruppe hinter seinen Potenzialen zurück. Ein Problem war insbesondere die sehr kurze Zeitspanne zwischen der Ankündigung des Aktionsjahres durch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 15. September 2021

¹ Siehe Anlage 1

² Stand 30.12.2022

und dem offiziellen Start am 1. Januar 2022. Für die sorgfältige Konzeptionierung und Planung von Vorhaben und Aktivitäten, die alle relevanten Akteur:innen einbeziehen und auch junge Menschen ansprechen, die bislang nicht oder nur wenig erreicht werden, wäre deutlich mehr Vorlaufzeit nötig gewesen. So hat sich der Hauptteil der Aktivitäten auf das zweite Halbjahr beschränkt. Das Ergebnis war faktisch ein Europäisches Halbjahr der Jugend und nicht ein Europäisches Jahr. Auch in Bezug auf die Kommunikation zum EJJ sieht die Stakeholder-Gruppe Nachholbedarf. Eine durchgängige Information zum EJJ von der europäischen bis auf die kommunale Ebene hin zu jungen Menschen in den verschiedenen Lebenslagen ist trotz vielfältiger Ansätze nicht durchgängig gelungen.

Zudem wurde das EJJ von vielfältigen aktuellen Krisen begleitet. Neben der fortlaufenden Corona-Pandemie zählen dazu insbesondere der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und infolgedessen die Versorgung und Aufnahme von Geflüchteten sowie die energiepolitischen und wirtschaftlich-sozialen Entwicklungen. Politisch Verantwortliche auf allen Ebenen mussten kurzfristig auf die damit einhergehenden Herausforderungen reagieren und junge Ehrenamtliche sowie Jugendstrukturen engagierten sich in der Flüchtlingshilfe. Das EJJ mit seinen ursprünglichen Zielen geriet dabei häufig in den Hintergrund.

Im Hinblick auf die Organisation kommender Europäischer Jahre empfiehlt die Stakeholder-Gruppe, ausreichend Zeit für die Vorbereitung einzuplanen.

Das EJJ sollte als Impuls bzw. Auftakt für einen langfristigen Prozess der Stärkung des Empowerments und der Beteiligung von jungen Menschen verstanden werden. Ziel muss es aus Sicht der Stakeholder-Gruppe sein, junge Menschen dauerhaft, wirkungsvoll und unmittelbar in die politischen Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene einzubeziehen. Deshalb sollten die Kernthemen und -ideen des EJJ in Deutschland und auf EU-Ebene weiterverfolgt und mit den laufenden, längerfristigen jugendrelevanten Prozessen verbunden werden. Zu diesen zählen auf Bundesebene u.a. der Nationale Aktionsplan für Kinder- und Jugendbeteiligung zur Weiterentwicklung der Jugendstrategie der Bundesregierung, das Zukunftspaket für Bewegung, Kultur und Gesundheit sowie die Umsetzung der EU-Jugendstrategie 2019-2027 in Deutschland. Des Weiteren sollte geprüft werden, inwiefern Verbindungen zum geplanten Europäischen Jahr der Kompetenzen hergestellt werden können. Dies gilt insbesondere für konkrete politische Vorhaben mit Einfluss auf die Entwicklungschancen junger Menschen in den Bereichen der Bildung, der Jugendarbeitslosigkeit und der Mobilität.

4. Empfehlungen der Stakeholder-Gruppe

Die folgenden Empfehlungen mit Blick auf eine Wirkung des EJJ über das Jahr 2022 hinaus wurden von den Mitgliedern der Stakeholder-Gruppe für das EJJ in mehreren Sitzungen gemeinsam erarbeitet. Im Laufe ihrer Beratungen legte die Stakeholder-Gruppe dabei einen Fokus auf die folgenden vier Schwerpunktthemen:

1. Auswirkungen der multiplen Krisen auf junge Menschen;
2. Europa näherbringen;

3. Empowerment³ junger Menschen sowie
4. Diversität.

Die Auswahl der Themen erfolgte vor dem Hintergrund der Diskussionen der Stakeholder-Gruppe und der in ihr vertretenen Perspektiven. Sie hat nicht den Anspruch, die Ziele des EJY in ihrer Gänze abzudecken. Gleiches gilt für die Empfehlungen zu den einzelnen Schwerpunktthemen; auch sie stellen eine Auswahl von aus Sicht der Mitglieder der Stakeholder-Gruppe thematisch relevanten Aspekten dar.

4.1 Empfehlungen zum Umgang mit den Auswirkungen der multiplen Krisen auf junge Menschen

Junge Menschen in Europa sehen sich derzeit einer ganzen Reihe von Krisen gegenüber. Neben den Folgen der Corona-Pandemie und dem Klimawandel zählen dazu unter anderem der Krieg in Europa und die damit einhergehende Unsicherheit bis hin zum Verlust von Familie und Heimat, Energiemangel und steigende Preise sowie eine schwierige Wirtschaftslage. Die Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie haben zusätzlich vielfach zu psychischen Belastungen von jungen Menschen geführt, die durch die Entwicklungen im Laufe des Jahres 2022 verstärkt wurden.

Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase, in der alle jungen Menschen drei Kernherausforderungen bewältigen müssen, auch wenn sie sich ganz unterschiedlich entfalten, d.h. Interessen und Begabungen entdecken und Möglichkeiten kennenlernen:

- sich verselbständigen, d.h. Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen;
- sich selbst zu positionieren, d.h. eine persönliche Balance zwischen der eigenen Freiheit und den gesellschaftlichen Erwartungen zu finden;
- sich qualifizieren, d.h. allgemeine, soziale und berufliche Handlungsfähigkeit zu erlangen.

Die Vielzahl und Gleichzeitigkeit der aktuellen Krisen wirken sich auf den Umgang junger Menschen mit diesen Kernherausforderungen aus bzw. erschweren deren Bewältigung.

So verschärfen multiple Krisen die Bildungs- und Chancenungleichheit von jungen Menschen. Dies bedeutet, dass bereits benachteiligte junge Menschen noch stärker zurückfallen. Zudem treffen die materiellen Folgen der multiplen Krisen junge Auszubildende, Studierende und Berufstätige besonders stark. Viele junge Menschen leiden unter finanziellen Unsicherheiten. Gleichzeitig steigt die Zahl junger Menschen, die in ihrer mentalen Gesundheit beeinträchtigt sind, besorgniserregend, während die Angebote zur Aufklärung, Prävention, Intervention und professionellen Behandlung psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen in Deutschland unterentwickelt sind.

Empfehlungen

a) Soziale Sicherheit schaffen

³ Der Begriff Empowerment lässt sich am besten mit „Selbstbemächtigung“ oder auch „Selbstkompetenz“ übersetzen. Empowerment umfasst Strategien und Maßnahmen, die Menschen und Gruppen von Menschen in die Lage versetzen, ein selbstbestimmtes und unabhängiges Leben zu führen, ihre Interessen zu artikulieren und sich am politischen Prozess zu beteiligen. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung vorhandener Potenziale.

- Junge Menschen dürfen bei Entlastungszahlungen nicht schlechter gestellt werden als andere Altersgruppen. Die Mittel sollten zudem zeitnah und möglichst unbürokratisch ausgezahlt werden.
- Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sollte insbesondere die EU-Jugendgarantie wirkungsvoller umgesetzt werden. Dieses Problem für junge Menschen muss in der EU wirkungsvoll und aktiv behandelt werden.
- Es braucht verbindliche Maßnahmen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik wie eine flächendeckende Mindestausbildungsvergütung, die Abschaffung unbezahlter Praktika und einen erleichterten Zugang zu Bildungsförderung.
- Kinder- und Jugendarmut muss aktiv bekämpft werden.
- Junge Menschen brauchen flächendeckend Zugang zu (kostengünstigen) Mobilitätsangeboten.
- Junge Menschen ohne bzw. mit geringem Einkommen sind besonders stark von den hohen Mietkosten auf dem Wohnungsmarkt betroffen. Für sie braucht es deshalb mehr kostengünstige Wohnraumangebote.

b) Chancengerechtigkeit verbessern

- Alle Akteur:innen sollten besser zusammenwirken, um junge Menschen bei der Bewältigung der multiplen Krisen zu unterstützen. Hierzu müssen bestehende Unterstützungsangebote und Regelstrukturen rechtskreisübergreifend gestärkt werden.
- Chancen und Zugänge zu guter formaler und non-formaler Bildung müssen gleichberechtigt für alle gelten.
- Junge Menschen brauchen geeignete Räume, um sich treffen und ausprobieren zu können. Dabei müssen unterschiedliche Bedürfnisse und spezielle Bedarfe mitberücksichtigt werden (z.B. Schutzbedarfe, besondere Ausstattung), um Benachteiligungen entgegenzuwirken.

c) Kommunikation in Krisensituationen verbessern

- Die Kommunikation in Notsituationen (z.B. zu außerplanmäßigen Pressekonferenzen oder Krisensitzungen) muss für alle Menschen zugänglich und nachverfolgbar sein, zum Beispiel durch das Einblenden von Gebärdensprachdolmetschenden, Untertitel oder Übersetzungen in andere Sprachen. Nur so können alle Minderheitengruppen erreicht werden und entsprechend reagieren.

d) Mentale Gesundheit von jungen Menschen schützen

- Die Angebote zur Aufklärung, Prävention, Intervention und professionellen Behandlung psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen in Deutschland, insbesondere auch in strukturschwachen Regionen, müssen deutlich ausgebaut und Informationen darüber niedrigschwellig verbreitet werden.
- Es braucht eine gesellschaftliche Debatte mit dem Ziel einer Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen.

- Die speziellen Bedürfnisse von marginalisierten Gruppen (z.B. junge Menschen mit Taubheit oder Taubblindheit, junge Menschen, die von Rassismus und Queerfeindlichkeit betroffen sind) müssen in Bezug auf Therapieplatzangebote stärker berücksichtigt werden.
- Infolge der Corona-Pandemie leiden junge Menschen zunehmend unter Einsamkeit. Betroffen sind häufig bestimmte Zielgruppen, u.a. junge Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderung sowie junge Menschen, die in Haushalten mit geringem Einkommen oder in ländlichen Gegenden leben. Dies wirkt sich negativ auf das Wohlbefinden der jungen Menschen aus und kann schwerwiegende individuelle und gesellschaftliche Folgen haben. Um dem entgegenzuwirken, braucht es geeignete Präventionsstrategien und Hilfsangebote.

e) Junge Menschen und ihre Anliegen ernst nehmen

- Alle relevanten Akteur:innen sollten das Recht auf Jugendbeteiligung anerkennen und darauf hinwirken, dass junge Menschen Gesellschaft und Politik als etwas verstehen und erleben, an dem es sich lohnt, aktiv mitzuwirken.
- Die Perspektiven und Interessen junger Menschen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen stärker berücksichtigt werden.

4.2 Empfehlungen zum Thema „Europa näherbringen“

Die Europäische Union ist mehr als eine geografische oder politische Bezeichnung. Die Europäische Gemeinschaft (oder die Europäische Union) definiert sich auch über gemeinsame europäische Werte und engagiert sich für deren Vermittlung. Leider besteht eine recht große Distanz zwischen Bürger:innen und der EU. Oft ist unklar, was gemeint ist, wenn man von „Europa“ spricht. So besteht z.B. in Bezug auf Fördermöglichkeiten ein vielfältiges Angebot, bei dem es gerade jungen Menschen schwerfällt, sich konkret und zielgerichtet zu informieren. Informationen sollten daher besser und barrierefrei zugänglich sein und mit weiteren Beratungsmöglichkeiten gekennzeichnet werden. Zudem werden die Möglichkeiten, die Europa bietet, deutlich seltener von jungen Menschen mit geringen Chancen wahrgenommen. In Bezug auf Jugendbeteiligung auf europäischer Ebene ist oft unklar, welche Wirksamkeit junge Menschen bei der Mitgestaltung Europas entfalten können. Für die Beteiligung junger Menschen braucht es einen Dialog auf Augenhöhe, Gestaltungsmöglichkeiten und die konkrete Einbindung der Interessen und Perspektiven aus den unterschiedlichen Lebenswelten junger Menschen.

Empfehlungen:

- Europa und seine Wertegemeinschaft müssen für alle erlebbar werden. Dafür muss transparenter gemacht werden, was in Bezug auf Europa möglich ist und was bereits erreicht wurde. Dafür braucht es ein Europa, das jungen Menschen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet – sowohl in der Europäischen Union als auch im Europarat. Junge Menschen müssen dabei in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt werden.
- Es braucht eine offene, kritische Auseinandersetzung mit der EU, bei der auch schlechte Erfahrungen mit europäischer Rechtsetzung und deren Ausübung (z.B. im Bereich der Migrations- und Grenzpolitik) thematisiert werden.

- Jugendaustauschprogramme müssen stärker finanziert, stärker bekannt und für alle in der EU lebenden jungen Menschen zugänglich gemacht werden - auch für junge Menschen, die keinen europäischen Pass besitzen, aber ihren rechtmäßigen Wohnsitz in der EU haben. Um auch sozial und strukturell benachteiligten sowie individuell beeinträchtigten jungen Menschen eine Teilnahme zu ermöglichen, braucht es z.T. neue, innovative Ansätze. Dabei ist es auch wichtig, dass die Austauschprogramme nicht nur zugänglich sind, sondern die Informationen darüber auch wirklich alle jungen Menschen erreichen.
- Informationen über Europa müssen für alle zugänglich sein. Daher genügt es nicht, sich auf Lautsprache als Kommunikationsform zu fokussieren. Es müssen auch weitere Kommunikationsformen wie zum Beispiel Gebärdensprache, Lormen⁴ sowie Leichte und Einfache Sprache berücksichtigt werden. Des Weiteren sollten auch Sprachen abgedeckt werden, die nicht zu den Amtssprachen der EU zählen. Ziel ist die Gleichbehandlung aller Menschen und die Möglichkeit für alle sprachlich an Europa teilzunehmen.
- Europäische Aktivitäten, die sich an junge Menschen richten und mit und von diesen gestaltet werden, sollten möglichst langfristig und nachhaltig angelegt sein.
- Der EU-Jugenddialog als Beteiligungsinstrument der EU-Jugendstrategie sollte gestärkt werden.
- Die Anliegen junger Menschen in Europa sollten lokal erfasst und an die EU-Ebene übermittelt werden („Bottum-up“-Ansatz). Gleichzeitig sollte die EU besser über Jugendbeteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene informieren und diese wirksamer gestalten („Top-down“-Ansatz).

4.3 Empfehlungen zum Thema „Empowerment junger Menschen“

Die Chancen junger Menschen in Deutschland hängen trotz einer Vielzahl an staatlichen Unterstützungsleistungen noch immer stark von ihrem sozialen und familiären Hintergrund ab. Gleichzeitig gibt es zu wenige langfristige Strukturen für das Empowerment und die Beteiligung junger Menschen sowie zu wenig Sicherheit für viele entsprechende Projekte. Zudem wirken sich zu wenig finanzielle Mittel, zu viele bürokratische Hürden und personelle Belastungen für Jugendverbände sowie einen Mangel an Orten, die jungen Menschen Gestaltungsfreiheit ermöglichen, negativ aus. Des Weiteren werden junge Menschen und ihre Anliegen in politischen Entscheidungsprozessen zu wenig (verpflichtend) berücksichtigt.

Empfehlungen:

- Politisch Verantwortliche sollten für die Anliegen und die Beteiligung von jungen Menschen stärker sensibilisiert werden.
- Das Empowerment junger Menschen benötigt mehr Räume, Geld und Gestaltungsfreiheit sowie die Möglichkeit für ein „sanktionsfreies“ Ausprobieren.

⁴ Das Lormen oder Lorm-Alphabet dient der Kommunikation von Taubblinden mit anderen Menschen. Der „Sprechende“ tastet dabei auf die Handinnenfläche des „Lesenden“. Dabei sind einzelnen Fingern sowie bestimmten Handpartien bestimmte Buchstaben zugeordnet. (Quelle: <https://www.taubblindenwerk.de/haeufig-gestellte-fragen/lormen>).

- In allen parlamentarischen Ausschüssen in Deutschland und auf EU-Ebene sollten verpflichtende Jugend-Hearings eingeführt werden.
- Das Wahlalter sollte europaweit für alle jungen Menschen auf 16 Jahre abgesenkt werden.
- Es braucht auf allen Ebenen einen verpflichtenden Jugend-Check für alle neuen Regelungsvorhaben.
- Es braucht eine verlässliche und unabhängige Förderung für Kinder- und Jugendverbände als selbstorganisierte Interessenvertretungen junger Menschen.
- Begleitformate und Begleitpersonen (Fachkräfte) sollte besser gefördert und anerkannt werden. Zudem braucht es mehr Regelförderung für Jugendprojekte und dabei gleichzeitig weniger Bürokratie.
- Es sollte eine Alternative zum aktuellen Bildungs- und Teilhabepaket entwickelt werden, die unbürokratisch und nicht stigmatisierend ist, um junge Menschen früh zu empowern.
- Der Übergang von der Schule in den Beruf ist für junge Menschen mit besonderen Herausforderungen verbunden, insbesondere für sozial und strukturell benachteiligte sowie individuell beeinträchtigte junge Menschen, und sollte deshalb intensiv unterstützt werden. Hierzu sollten bestehende Instrumente wie die Jugendberufsagenturen zur Umsetzung der EU-Jugendgarantie in Deutschland ausgebaut werden.

4.4 Empfehlungen zum Thema „Diversität“

Die EU ist eine Gemeinschaft, die von Vielfalt lebt: Unterschiedliche Kulturen, Lebensweisen, Ausdrucksformen, Perspektiven und vieles mehr machen Europa aus. Gleichzeitig gilt es, dem Anspruch dieses vielfältigen Europas gerecht zu werden und Möglichkeiten zur gleichberechtigten Teilhabe und Entfaltung zu bieten.

Aus Sicht der Stakeholder-Gruppe gilt dies insbesondere für Gruppen marginalisierter junger Menschen, also Jugendliche und junge Erwachsene, die bspw. aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, ihres Geschlechts oder ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Identität, ihrer Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung oder chronischen Krankheit, ihres Alters, ihres sozialen Status, ihres Gesundheitszustandes oder ihres äußeren Erscheinungsbildes bezüglich der Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Leben benachteiligt sind.

a) Partizipation von Gruppen marginalisierter junger Menschen stärken

Gruppen von marginalisierten jungen Menschen müssen auf allen Ebenen und unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse beteiligt werden. Dabei stellen sich u.a. Fragen der Barrierefreiheit, der finanziellen und personellen Ressourcen oder der Ansprache entsprechender Zielgruppen. Marginalisierte junge Menschen stehen dabei oft vor der Herausforderung, sich selbst organisieren zu müssen, damit sie überhaupt gehört und beteiligt werden.

Empfehlungen:

- Um marginalisierten und benachteiligten jungen Menschen einen echten Zugang zu ermöglichen, braucht es ein langfristiges Engagement, zusätzliche Ressourcen sowie andere Ansätze und Formate (z.B. Vor-Ort-Ansätze, Begleitung durch Erwachsene, inhaltliche „Übersetzung“, Aufbereitung von Materialien, Vertrauenspersonen).
- Die Beteiligung marginalisierter junger Menschen sollte als strukturelles Selbstverständnis auf allen Ebenen etabliert werden.
- Die Inklusion junger Menschen sollte bei Jugendbeteiligungsprozessen auf allen Ebenen und unter Berücksichtigung sozialer und finanzieller Aspekte umgesetzt werden.
- Es sollten Leitfäden oder Handreichungen bereitgestellt werden, die Organisator:innen von Jugendbeteiligungsprozessen dabei helfen, die unterschiedlichen Bedarfe von Gruppen marginalisierter junger Menschen angemessen zu berücksichtigen. Ergänzend sollten Inklusionsbeauftragte oder Awareness Teams eingesetzt werden, um die Umsetzung vor Ort zu unterstützen.
- Marginalisierten Gruppen stehen aufgrund ihrer geringen Größe im Verhältnis zu anderen Gruppen nur wenig personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Um eine Chancengleichheit für die Menschen mit geringen Chancen zu erreichen, müssen die finanziellen und personellen Ressourcen für jene Gruppen besonders gefördert werden.
- Die Umsetzung von Inklusion bedeutet zudem nicht nur die Teilnahme an der Gesellschaft, sondern sie bedeutet auch die Schaffung und Förderung von Rückzugsorten für Minderheiten. An die Rückzugsorte sind ebenso spezielle Bedingungen (z.B. Deaf Space, BIPoC⁵ Space) geknüpft.

b) Anlaufstelle für Beschwerden und Bedarfe von Kindern und Jugendlichen einrichten

Es fehlt an Beratungs- und Beschwerdeangeboten für junge Menschen, die für die vielfältigen Themen verschiedener Gruppen ansprechbar sind, auf Augenhöhe kommunizieren und die Anliegen junger Menschen in systematischer Weise bearbeiten. Denn vorhandene Beratungsstellen sind oft nur für sehr ausgewählte Themen zuständig. Als Orientierung können dabei die Anlauf- und Koordinierungsstellen dienen, die im Rahmen der UN-Behindertenrechtskonvention eine entsprechende Rolle übernehmen.

Empfehlung:

- Es sollte in Anbindung an die UN-Kinderrechtskonvention eine zentrale Anlauf- und Beschwerdestelle eingerichtet werden, an die sich junge Menschen mit ihren Anliegen wenden können und die in jugend- bzw. bedarfsgerechter Weise kommuniziert. Die Stelle sollte junge Menschen auch zu ihren Rechten beraten.
- Dabei sollte ein Austausch mit bestehenden Anlauf- und Beschwerdestellen, die z.T. bereits auf kommunaler sowie auf Landes- und Bundesebene bestehen, stattfinden.

⁵ Black, Indigenous, People of Colour

Anlage 1

Mitglieder der Stakeholder-Gruppe zum Europäischen Jahr der Jugend

- Fiete Aleksander | Stiftung SPI / Redaktion „jung genug“
- Gerasimos Bekas | Deutsch-Griechisches Jugendwerk
- Bettina Bundszus | Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Fatma Çelik | neue deutsche organisationen (Vertretung: Karim El-Helaifi)
- Lea Diesner | Planathon „Jugend gestaltet Strukturwandel“
- René Faust | Ring Politischer Jugend/Jusos (Vertretung: Miriam Siglreitmaier)
- Paulina Fröhlich | Das Progressive Zentrum
- Maren Gollan | Leuphana Universität Lüneburg
- Sandra Hildebrandt | Oberste Landesjugend- und Familienbehörden/Berlin (Vertretung: Gabriele Scholz / Hamburg)
- Robert Jasko | Deutsche Gehörlosen Jugend
- Erik Jödicke | Queeres Jugendnetzwerk Lambda Bundesverband
- Regina Offer | Kommunale Spitzenverbände/Deutscher Städtetag
- Wiebke Schrickler | EU-Jugendvertreterin für die EU-Jugendkonferenzen 2022/2023 (Vertretung: Sakiye Boukari)
- Kasia Siemasz | Jugendpresse Deutschland
- Raoul Taschinski | Deutscher Bundesjugendring (Vertretung: Carolin Vogt)
- Tom Urig | Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit